

A5 Kinder- & Jugendhilfe

Antragsteller*in: Judith Bach (Vorstand)

Tagesordnungspunkt: 1.7. Kapitel 5 - Kinder- & Jugendhilfe

Text

1 Unser Ziel ist es, qualitativ hochwertige, bedarfsgerechte und bezahlbare
2 Angebote für alle Kinder anzubieten. Die Kinderrechtskonvention ist am
3 20. November 1989 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen
4 verabschiedet worden. An den darin formulierten Kinderrechten orientieren wir
5 unsere Forderungen für Lübeck in Bezug auf Kinder- und Jugendhilfe.

- 6 1. Alle Kinder und Jugendlichen in Lübeck haben die gleichen Rechte. Kein
7 Kind oder Jugendlicher darf benachteiligt werden.

8 Mit sozialraumorientierten Budgets sollen die Unterstützungsbedarfe von Kindern
9 und Jugendlichen besser erkannt und berücksichtigt werden. Durch die Einführung
10 von kostenfreien Schüler*innentickets soll allen Kindern und Jugendlichen bis
11 einschließlich zur 10. Klasse die kostenlose Nutzung des ÖPNV ermöglicht werden.
12 So stellen wir sicher, dass kein Kind mehr benachteiligt wird, nur weil es sich
13 das Busticket nicht leisten kann oder Lehrer*innen auf Schulausflüge verzichten,
14 um Familien nicht mit zusätzlichen Kosten für die Nutzung des ÖPNV zu belasten.

15 Lübeck braucht eine Fachkräftestrategie für den gesamten Bereich der
16 Kinderbetreuung. Die Stadt Lübeck muss mit gutem Beispiel vorangehen, z.B. durch
17 Übernahmegarantien, Verzicht auf befristete Arbeitsverträge oder Stipendien für
18 Auszubildende.

- 19 2. Kinder und Jugendliche in Lübeck haben das Recht, gesund zu leben,
20 Geborgenheit zu finden und keine Not zu leiden.

21 Wir setzen uns dafür ein, dass die Ernährungs-, Demokratie- und
22 Nachhaltigkeitsbildung in KiTas weiter ausgebaut wird. Es soll einen Runden
23 Tisch gegen Kinderarmut geben. Der Kampf gegen Kinderarmut ist eine der größten
24 gesellschaftlichen Herausforderungen und wurde durch die Corona-Pandemie weiter
25 erschwert. Niedrigschwellige Angebote für Eltern mit besonderen
26 Herausforderungen in Familie und Erziehung müssen weiter ausgebaut werden.

Insbesondere sollte es dabei um Entlastungsangebote für Eltern gehen. Über entsprechende Angebote muss verstärkt leicht verständlich informiert werden. Die KiTas der Zukunft müssen klimaneutral sein. Die Einführung von Umweltmanagementsystemen wie z.B. EMAS Easy können dabei einen großen Beitrag leisten.

3. Kinder und Jugendliche in Lübeck haben das Recht zu lernen und eine Ausbildung zu machen, die ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten entspricht.

Wir müssen mehr KiTa-Plätze schaffen, um möglichst jedem Kind Betreuung in Wohnnähe zu ermöglichen. Die Schließzeiten sollen den Bedürfnissen bzw. der Nachfrage angepasst werden. Wir setzen uns dafür ein, dass in einem ersten Schritt die Verpflegungsentgelte für alle Kinder im gleichen Maße subventioniert werden, in städtischen wie in den KiTas der freien Träger. Langfristiges Ziel ist ein kostenfreies Mittagessen in allen KiTas und Grundschulen. Hier ist eine nachhaltige, gesunde und möglichst regionale Ernährung notwendig.

Die Situation der Kindertagespflegepersonen hinsichtlich Vertretung, Qualifikation und Bezahlung werden wir weiter im Blick behalten und kritisch begleiten.

Die Budgetvergabe für die freien Träger von KiTas muss zukünftig transparent sein. Es soll sich um Jahresbudgets handeln, die durch die Träger frei verwaltet werden können.

Für den Übergang von Schule zu Beruf gibt es bereits Unterstützungsstrukturen. Diese sollen durch eine kommunale Steuerung besser vernetzt werden. Für Jugendliche ohne Berufsausbildung sollen die Kapazitäten für zielgerichtete Berufsorientierungsangebote erhöht werden. Produktionsschulen verbinden schulische und praktische Einheiten zur Berufsvorbereitung und sind eine sinnvolle Vorbereitung zur Integration auf dem Arbeitsmarkt. Wir setzen uns dafür ein, dass deutlich mehr als die bisherigen drei Plätze in Lübeck zur Verfügung gestellt werden. Wünschenswert ist zudem, dass eine Flexibilität in den Maßnahmen geschaffen wird, die es Jugendlichen ermöglicht, Berufsvorbereitung bedarfsgerecht und individuell mit Eingliederungshilfen zu kombinieren.

4. Kinder und Jugendliche in Lübeck haben das Recht zu spielen, sich zu erholen und künstlerisch tätig zu sein.

Lübeck braucht mehr barrierearme Spielflächen und -räume, damit alle Kinder miteinander spielen können, unabhängig von körperlichen oder geistigen

Einschränkungen. So werden spielerisch Barrieren und Vorurteile überwunden und Brücken gebaut. In integrativen Spielräumen kann auf kindgerechte Weise eine Verbindung zwischen Menschen geschaffen werden, die sonst meist gesellschaftlich voneinander getrennt spielen. Das entspricht unserem Verständnis von Inklusion.

Wir setzen uns für mehr NaturKiTas ein, denn der Aufenthalt in der Natur wirkt sich ganzheitlich positiv auf die Entwicklung von Kindern aus. Jede KiTa soll ein Ort der Vielfalt und Inklusion sein.

Museen und Theater sind elementare Bestandteile der kulturellen Bildung. Im Museum und im Theater lernen schon die Kleinsten, sich für Neues und Unbekanntes zu begeistern. Deshalb sollten Kinder bis zum 14. Lebensjahr freien Zutritt in die Museen und Theater haben und darüber hinaus bis zum 18. Lebensjahr einmal im Monat.

Angebote für Kinder und Jugendliche, wie z.B. Jugendzentren, sind oft noch zu unbekannt. Hier soll zielgerichtet und besser informiert werden, z.B. mit Infotagen an Schulen. Es braucht mehr Freizeitangebote und Möglichkeiten zum Zusammenkommen im öffentlichen Raum für Kinder und Jugendliche, z.B. Skateplätze oder Sport-Parcours mit Sitzgelegenheiten und Tischen. Wünschenswert wäre verfügbares freies WLAN an diesen Orten.

5. Kinder und Jugendliche in Lübeck haben das Recht, bei allen Fragen, die sie betreffen, mitzubestimmen und zu sagen, was sie denken.

Kommunalpolitische Entscheidungen und Vorhaben wirken sich oftmals unmittelbar auf Kinder und Jugendliche aus. Direkt beteiligt werden Kinder und Jugendliche in Lübeck jedoch zu wenig an politischen Prozessen.

Wir fordern eine konsequente Kinder- und Jugendbeteiligung in politischen Gremien und in Bereichen der Verwaltung. Hierzu soll nach dem Beispiel der Stadt Kiel ein Junger Rat eingerichtet werden. Die durch die Lübecker Kinder- und Jugendlichen gewählten Vertreter*innen des Jungen Rates sind in allen politischen Gremien teilnahme- und stimmberechtigt, ihnen wird ein Rederecht eingeräumt.

Im Rahmen des Beteiligungsprozesses "Lübeck über:morgen" wurden Kinder und Jugendliche zwar gehört, ihre Ideen und Forderungen jedoch bisher kaum weiter verfolgt. Wir machen uns stark für die Umsetzung ihrer Wünsche.

Wir wollen die in Lübeck bereits vorhandenen Beteiligungsstrukturen für Kinder und Jugendliche bekannter machen. Notwendig ist hier sowohl die verstärkte Nutzung digitaler Medien, um möglichst viele Kinder und Jugendliche zu

erreichen, als auch der Einsatz von Beteiligungs-Lotsen in Bildungseinrichtungen.

6. Kinder und Jugendliche in Lübeck haben das Recht auf Schutz vor Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung:

Kinder und Jugendliche sollen in Lübeck sicher und gewaltfrei aufwachsen können. Starke und selbstbewusste Kinder und Jugendliche sind besser vor Gewalt geschützt. Sie können ihre Wünsche und Beschwerden benennen und einbringen. Wir wollen daher vorhandene Präventions- und Selbstverteidigungskonzepte weiter fördern und ausbauen. Wir brauchen mehr niedrigschwellige Aufklärungsangebote für Kinder und Jugendliche über Gewaltschutz. Einrichtungen, denen Kinder und Jugendliche anvertraut sind, können eine entscheidende Rolle bei der Gewaltprävention spielen. Gerade in KiTas, Schulen und Vereinen wollen wir daher Schutzkonzepte und Schulungen für Beschäftigte einführen.

Für hilfesuchende Jugendliche brauchen wir niedrigschwellige, digitale Zugänge zu Hilfe- und Beratungsangeboten. Die vorhandenen Strukturen wollen wir erhalten und weiter ausbauen. Lübeck braucht eine Beratungsstelle für konsumierende und suchtkranke Jugendliche, sowie die Einrichtung einer intensivpädagogischen Wohngruppe.

7. Kinder und Jugendliche in Lübeck haben das Recht, sich alle Informationen zu beschaffen, die sie brauchen, und ihre eigene Meinung zu verbreiten.

In unserer heutigen digitalen Welt müssen alle Angebote und Antragsverfahren für Kinder und Jugendliche digital zur Verfügung gestellt werden, um echte Teilhabe zu ermöglichen. Eine Informationskampagne soll dies begleiten.

Gesellschaftliche Partizipation kann heute nur noch gelingen, wenn Kinder und Jugendliche die notwendigen Informationen erhalten, damit sie sich gesellschaftlich und politisch orientieren und eigene Standpunkte entwickeln können. Deshalb muss das Social Media Angebot der Stadt deutlich ausgeweitet werden. Online-Medien bieten die Gelegenheit, mit anderen zu gesellschaftlich relevanten Fragen niedrigschwellig in den Austausch zu treten, eigene Standpunkte darzulegen und auf gesellschaftliche und politische Prozesse und Entscheidungen Einfluss zu nehmen.

Medienkompetenz ist ein elementarer Bestandteil für die Teilhabe an der Gesellschaft, deshalb sollte sie so früh wie möglich vermittelt werden. Medienerziehung schon in der KiTa kann Bildungschancen eröffnen. Kinder können schon in der KITA lernen, wie sie Medien nicht nur zur Unterhaltung nutzen,

sondern auch als Informationsquelle, als Kommunikationsmittel oder als Werkzeug für kreatives Arbeiten.

8. Kinder und Jugendliche haben das Recht, dass ihr Privatleben und ihre Würde geachtet werden.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. So steht es im Grundgesetz und gilt für Kinder und Jugendliche ganz besonders, da sie mehr als Erwachsene von der Willkür anderer abhängig und darauf angewiesen sind, dass ihnen Angebote auch zugänglich gemacht werden. Das Beratungsangebot für Kinder und Jugendliche muss deutlich ausgebaut werden. Wir brauchen ein eigenes Mädchenzentrum, ein eigenes Jugendzentrum, die queeren Beratungsangebote sollen gefördert werden und es braucht dezentrale, von Schulen getrennte, niedrighschwellige und anonyme Beratungsangebote für Jugendliche.

Mit einer digitalen Lübeck-Card für alle unter 18 Jahren können finanzielle Hilfen auf einer Karte erfasst werden (Bildungsfond, Sportverein, ÖPNV, etc.). Das Einführen einer einheitlichen Lübeck-Card schützt finanziell geförderte Kinder und Jugendliche vor Stigmatisierung.,

9. Kinder und Jugendliche haben das Recht, im Krieg und auf der Flucht besonders geschützt zu werden.

Wir sorgen dafür, dass auch für geflüchtete Kinder und Jugendliche das Recht auf Schutz, auf kindgerechte Umgebung, auf Bildung, gute Gesundheitsversorgung, auf gleiche Chancen und soziale Teilhabe gewahrt wird. Dafür wollen wir weitere niedrighschwellige Strukturen zur Unterstützung und Beratung schaffen. Die Sprachmittlerangebote für Arztbesuche und andere Erledigungen im Alltag möchten wir ausbauen.

10. Kinder und Jugendliche mit Behinderungen oder besonderen Bedarfen haben das Recht auf besondere Fürsorge und Förderung, damit sie aktiv am Leben teilnehmen können.

Gleichberechtigte Mitbestimmung und Teilhabe an der Gesellschaft für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen oder besonderem Unterstützungsbedarf kann nur gelingen mit inklusiver Kinder- und Jugendarbeit. Insbesondere Angebote außerhalb von KiTas und Schulen sind wichtig für die Förderung der Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen und besonderen Bedarfen. Wir wollen Sportvereine ermutigen, integrative Angebote auszubauen.